

Ukraine-Krieg beenden!

Die 17 SDGs umsetzen



**SOZIALÖKOLOGISCHES
BÜNDNIS PLÖN E.V.**

Wir haben die Wahl: Qualvoll krepieren - durch Atomkrieg oder Klimaerhitzung

Die 2020er Jahre sind für die Eindämmung der Klimakatastrophe entscheidend. Je länger sich der Ukrainekrieg hinzieht und die Nato sich durch Lieferung schwerer Waffen beteiligt, umso größerer die Gefahr eines Atomwaffeneinsatzes. Je länger sich der Krieg hinzieht, umso geringer sind unsere Chancen, die Klimaerhitzung einzudämmen.

2019 erklärte das Hochrangige Politische Forum (HLPF) in New York, die 17 nachhaltigen Entwicklungsziele der UN-Agenda 2030 würden beim damaligen Umsetzungstempo verfehlt. Durch Corona und Ukrainekrieg wurden die Chancen noch düsterer.

SDG 16 nimmt eine Schlüsselstellung ein. Die Nato ist seit 1998 kein Sicherheitsbündnis mehr. Sicherheit ist neu zu denken.

Aus § 2 unserer Vereinssatzung

„Zweck des Vereins ist die Förderung von Erziehung und Volksbildung. Der Zweck soll verwirklicht werden durch die Erarbeitung von gesellschaftspolitischen Ideen und Handlungskonzepten im Sinne der allgemeinen und gleichen Menschenrechte und der freiheitlichen Demokratie auf der Grundlage einer sozial-pflichtigen und ökologisch nachhaltigen Wirtschaftsordnung, um damit die Öffentlichkeit zu informieren.“

V.i.S.d.P.: Hansjürgen Schulze
Ölmühlenallee 1, 24306 Plön

<https://sozialoekologisches-buendnis-ploen.de>

Was fordert SDG 16?



Das Sustainable Development Goal (SDG) 16 zählt zu den 5 Grundpfeilern der Agenda 2030. Ohne friedliche und inklusive Gesellschaften und gute Regierungsführung ist Entwicklung nicht nachhaltig. So waren konfliktbetroffene Staaten am weitesten von der Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele (MDGs) entfernt. Umgekehrt zeigte sich in anderen Ländern, dass Frieden und rechenschaftspflichtige Institutionen maßgeblich zur Erreichung der MDGs beigetragen haben.

SDG 16 will friedliche und inklusive Gesellschaften fördern. Es fordert die Verringerung aller Formen von Gewalt, die Beendigung von Folter und die Bekämpfung aller Formen organisierter Kriminalität. Zudem sollen Korruption und Bestechung sowie illegale Waffen- und Finanzströme deutlich verringert werden. Rechtsstaatlichkeit und partizipative Institutionen sollen gefördert und der gleichberechtigte Zugang zur Justiz gewährleistet werden, damit friedliche und inklusive Gesellschaften entstehen können.

Ein Veto der Großmächte verhinderte Zielsetzungen zu Kriegsvermeidung und Abrüstung.

SDG 16 weist negative Zwischenbilanz aus

Die SDGs sind ein politischer Kompromiss von 193 Regierungen mit sehr unterschiedlichen Interessen und Prioritäten. Das wird bei SDG16 sichtbar. Die zwischenstaatlichen Kräfteverhältnisse verändern sich – unter dem Primat des Marktradikalismus steigen die Spannungen. Die Anteile von USA und EU am globalen BIP sinken. In acht Jahren wird Asien mit China, Indien, Japan und Indonesien vier der fünf stärksten Volkswirtschaften der Welt beherbergen. Das wirkt sich auf Wertvorstellungen und Rüstungsetats aus: Die UN-Charta basiert u.a. auf Kants Schrift von 1795 „Zum ewigen Frieden“. Es gilt, das Gemeinsame von fernöstlichem Taoismus und europäischer Aufklärung für eine friedliche Zukunft Aller zu mobilisieren.

Die Welt wandelt sich von einer unipolaren, von den USA beherrschten Welt zu einer multipolaren Ordnung. Seit 2015 wuchsen nationale Egoismen vor allem in NATO-Staaten bedrohlich an (Flüchtlingsabwehr, „America first“, Brexit). Die globalen Rüstungsausgaben stiegen bis 2021 auf 2.100 Mrd.\$/a, davon entfallen 56% (1.175 Mrd.\$) auf die Nato, davon 801 Mrd.\$/a auf die USA. Die Nato ist Russland 18-fach überlegen. Laut Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) würden 60% der weltweiten Rüstungsausgaben reichen, die kalkulierten notwendigen Kosten für die Umsetzung der kostenintensivsten 10 SDG zu finanzieren. Corona und der Ukrainekrieg verdüstern die Perspektive zusätzlich.

Zur Vorgeschichte des Ukrainekriegs

Michail Gorbatschow wollte eine neue internationale Sicherheitsarchitektur installieren, die auf gegenseitigem Vertrauen gründet. Nur aufgrund einer verbindlichen Zusage der drei Westmächte, auf eine Nato-Osterweiterung zu verzichten, war die SU zum Abzug der Roten Armee aus Deutschland bereit.

Neoliberale Reformen destabilisierten weltweit (auch in Russland!) die sozialen Sicherheitssysteme und steigerten durch Asymmetrien zwischen Menschen- und Investorenrechten das Bedürfnis nach äußerer Sicherheit u.a. durch militärische Zugangssicherung zu Ressourcen out of area (s.Wikipedia: Bundeswehr-Weißbuch 2006)

Entgegen der Zusage ratifizierte der US-Senat 1998 die von US-Oligarchen verfolgte Nato-Ausdehnung nach Polen, Ungarn, Tschechien. Der Architekt der Nachkriegsordnung von 1947 G. Kenan nannte die Bedrohung der Russen durch Atomraketen unter Hinweis auf die Kuba-Krise von 1962 einen „tragischen Fehler“.

Entgegen vielen Warnungen rückte die Nato durch Aufnahme weiterer Staaten Russland immer dichter auf die Pelle. Wegen ihrer geostrategischen Bedeutung als Scharnier zur Beherrschung Mittelasiens und damit des eurasischen Kontinents (siehe Brzezinski 1997) geriet die Ukraine seit ca. 1998 in den Fokus der Nato-Strategen. Durch Militärberater und großzügige „Hilfen“ für die Ukraine wurde der Druck systematisch verstärkt – bis Putin am 24.2.22 grausam und völkerrechtswidrig reagierte.

Ohne Nato (über-)leben erfordert eine neue Sicherheitsarchitektur

Die Investitionsinteressen von Oligarchen rangieren in Konfliktsituationen vor den sozialen und bürgerlichen Menschenrechten (s. TTIP). In den USA, Russland, der Ukraine und anderswo üben Oligarchen großen Einfluss auf die Regierungspolitik aus. Ihre Interessen out of area stehen den 17 SDGs, die einen dauerhaften Frieden einfordern, entgegen. Die Nato wandelte sich seit 1998 zu einem Instrument der US-Oligarchie.

Vor allem das unermessliche Leiden, das der Ukrainekrieg der Bevölkerung brachte, ist unverzüglich zu beenden! Auch die Völker des Globalen Südens sind durch millionenfachen Hunger betroffen. Angesichts der Kriegskosten (Inflation etc.) sinkt die Bereitschaft der Menschen im Globalen Norden, eine Kriegsverlängerung mitzutragen.

Mit 60% der weltweiten Rüstungsausgaben (Stand 2021) ließen sich die zehn „teuersten“ SDGs finanzieren. Wir fordern die Umwidmung von Rüstungsausgaben in die Finanzierung aller SDGs und unterstützen Forderungen der Friedensbewegung nach einer neuen Sicherheitsarchitektur ohne die Nato und mit einer neutralen Ukraine, anknüpfend an W. Brandts Ostverträge und Gorbatschows Plan zur Schaffung des gemeinsamen europäischen Hauses. Erneuern wir die derzeit ruhende Partnerschaft Schleswig-Holsteins mit der Oblast Kaliningrad und die Städtepartnerschaften Kiels mit Kaliningrad und Sowjetsk!